

Peter Schaaf

---

# Ruhrbergbau und Sozialdemokratie

Die Energiepolitik der Großen Koalition 1966—1969



Verlag Arbeiterbewegung  
und Gesellschaftswissenschaft

# INHALT

Vorbemerkung	9
<b>Kapitel 1</b>	
<b>Das Scheitern der demokratischen Neuordnung der Wirtschaft und die Restauration des Kapitalismus 1945 bis 1949</b>	
1.1 Die Ausgangssituation nach dem Krieg	12
Die Treuhandverwaltung für die Eisen- und Stahlindustrie und die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung (DKBL)	13
1.2 Das Potsdamer Abkommen	14
1.3 Der Kampf der werktätigen Bevölkerung und der Gewerkschaften für Sozialisierung und Mitbestimmung	16
Entflechtung und Mitbestimmung	19
1.4 Die Durchsetzung der politischen Konzeption der USA	22
Wirtschaftsrat und Marshall-Plan	26
Die Währungsreform	28
1.5 Das Gesetz Nr. 27 und die Lösung der Eigentumsfrage	32
Die erste Regierung Adenauer und die Neuordnung	33
1.6 Das Resultat der Neuordnung	34
1.7 Zusammenfassung	36
<b>Kapitel 2</b>	
<b>Montanunion und Investitionshilfegesetz – Wiederherstellung der ökonomischen Macht der deutschen Schwerindustrie im internationalen Maßstab</b>	
2.1 Gründung und Zielsetzung der Montanunion	40
Konsequenzen der Gründung auf die Neuordnung der Wirtschaft	41
Montanunion und Kartelle	42
2.2 Das Investitionshilfegesetz	43
Zwangswise Umverteilung von Kapital zugunsten der Schwerindustrie und der Energiewirtschaft	44
2.3 Kapitalakkumulation und die Entwicklung der Preise	45
2.4 Die Reorganisation der Ruhrkonzerne	47
Die Expansion	49
<b>Kapitel 3</b>	
<b>Die Krise des westdeutschen Steinkohlenbergbaus</b>	
3.1 Der Ausbruch der Krise	52
Die Strategie der internationalen Mineralölgesellschaften – der Verlauf des Substitutionsprozesses	53
3.2 Die Energiepolitik der Bundesregierung	57
Die Haltung der Bundesregierung bei Ausbruch der Krise	59
Fiskalische Maßnahmen und das Kohle-Öl-Kartell	61
Staatliche Energiepolitik als Profitgarantie	63
Die Subventionen für den Steinkohlenbergbau	65
Energiepolitik ohne Perspektive – einige energiepolitische Maßnahmen im Überblick	70

3.3	Exkurs: Besonderheiten der Strukturkrise im kapitalistischen Reproduktionsprozeß	74
3.4	Die Folgen der Strukturkrise und die Konsequenzen der staatlichen Energiepolitik – die Situation im Steinkohlenbergbau am Vorabend der Krise 1966/67	76
	Konsequenzen für die gesamte Volkswirtschaft	76
	Die Lage der Zechengesellschaften	80
	Die Lage der Arbeiter und Angestellten	88
	Die Aushöhlung der Montan-Mitbestimmung	95
	Die Folgen der Strukturkrise am Beispiel des Landes Nordrhein-Westfalen und der Bergbaukommunen	101
3.5	Zusammenfassung	108
	<b>Kapitel 4</b>	
	<b>Von der Sozialisierung über die „Neue Wirtschaftslehre“ zur „Mündigen Gesellschaft“: die Rolle des Privateigentums in der Entwicklung der ökonomischen Konzeption der SPD nach 1945</b>	
4.1	Sozialdemokratie und Restauration	110
4.2	Das Dortmunder Aktionsprogramm (1952)	116
4.3	Das Godesberger Grundsatzprogramm (1959)	122
4.4	Die „Neue Wirtschaftslehre“ (New Economics) als Grundlage sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik	126
	Die „Keynessche Revolution“ – eine konservative Revolution	128
4.5	Exemplarische Darstellung der inhaltlichen Veränderung einiger programmatischer Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik	
	Exkurs: Die Planungstheorien der Weimarer Zeit als direkte Vorläufer der Planungskonzeption der SPD nach 1945	137
	Planung	142
	Mitbestimmung	149
	Vermögenspolitik	157
	Konzentration des Kapitals	166
	Energiepolitik	179
4.6	Die „Mündige Gesellschaft“ – Alternative zur gesellschaftlichen Formierung?	185
	Die „Formierte Gesellschaft“	186
	<b>Kapitel 5</b>	
	<b>Wirtschaftskrise und Große Koalition</b>	
5.1	Disproportionen der Wirtschaftsentwicklung am Ende der Restaurationsperiode – das Ende des „Wirtschaftswunders“	195
	Der Ausbruch der Wirtschaftskrise 1966/67	197
	Die Krise des Staatshaushalts	201
5.2	Die Landtagswahl 1966 in Nordrhein-Westfalen	204

5.3	Das Acht-Punkte-Programm der SPD-Bundestagsfraktion vom 8. November 1966	206
	Der Eintritt der SPD in die Regierung der Großen Koalition – die Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966	208
5.4	Die Bundeskonferenz der SPD 1967 in Bad Godesberg	213
5.5	Zusammenfassung	216

### **Kapitel 6**

#### **Die Mittelfristige Finanzplanung – das politische Programm der Großen Koalition in Zahlen**

6.1	Zur Funktionsveränderung der öffentlichen Haushalte	219
6.2	Stabilitätsgesetz und Mittelfristige Finanzplanung – die Einschränkung der Mitwirkungs- und Kontrollrechte des Parlaments	221
6.3	Sozialpolitik und Mittelfristige Finanzplanung – der Angriff auf die knappschaftliche Rentenversicherung	228
6.4	Umschichtungen in der Ausgabenstruktur des Bundeshaushalts	238
6.5	Beschleunigte Verschuldung des Staates	239
6.6	Zusammenfassung	242

### **Kapitel 7**

#### **Die Situation im Steinkohlenbergbau und die Energiepolitik der Großen Koalition bis zur Neuordnung des Ruhrbergbaus**

7.1	Die Zuspitzung der Krise des deutschen Steinkohlenbergbaus	244
	Die Lage der Arbeiter und Angestellten	247
	Die Lage der Zechengesellschaften	256
7.2	Die „flankierenden Maßnahmen“ für den Steinkohlenbergbau	263
	Die Anwendung des 2. Verstromungsgesetzes	264
	Die Kokskohlebeihilfe	267
7.3	Das Drei-Phasen-Programm des Bundesministers für Wirtschaft (März 1967)	269
7.4	Die Pläne zur Neuordnung des Ruhrbergbaus	
	Vorschläge der Landesregierung von NRW	273
	Vorschläge der IG Bergbau und Energie	274
	Vorschläge der Unternehmer	278
	Der Rheinstahl-Plan	280
7.5	Die Regierungserklärung des Bundesministers für Wirtschaft (1. Beratung des Kohleanpassungsgesetzes) vom 8. November 1967	283

### **Kapitel 8**

#### **Die Neuordnung des Ruhrbergbaus – Gründung der Ruhrkohle AG**

8.1	Der modifizierte Rheinstahl-Plan	287
8.2	Das Kohleanpassungsgesetz als institutioneller Rahmen der Neuordnung	293
	Regionale Strukturpolitik –	

	Beeinflussung der Wirtschaftsstruktur als Profitgarantie	299
8.3	Der vorläufige Abschluß der „Konzertierten Aktion Kohle“ durch die Vereinbarung über die Modalitäten für die Bildung einer Gesamtgesellschaft vom 14. Juni 1968	304
	Vorgründung der Ruhrkohle AG am 27. November 1968	308
8.4	Die Fortsetzung der „Konzertierten Aktion Kohle“	310
	Die Unterzeichnung des Grundvertrages am 18. Juli 1969	313
8.5	Das Vertragswerk zur Neuordnung des Ruhrbergbaus	
	Die Bewertung des Vermögens und der Schulden	318
	Der Hüttenvertrag	320
	Der Kraftwerksvertrag	326
8.6	Zusammenfassung	328
	<b>Kapitel 9</b>	
	<b>Die Krise des Steinkohlenbergbaus ist nicht beendet – die Entwicklung der Ruhrkohle AG</b>	
9.1	Die Wirtschaft der Bundesrepublik in ihrem 5. Nachkriegszyklus 1967–1972	332
9.2	Staatliche Subventionspolitik 1967–1970	337
	Neue Aufgaben für den Rationalisierungsverband	342
9.3	Der Steinkohlenbergbau in der Energiewirtschaft 1969–1972	343
	Allgemeine energiepolitische Maßnahmen 1970–1972	347
9.4	Der Jahresabschluß 1970 der Ruhrkohle AG	350
	Das Anpassungsprogramm vom 28. Juni 1971	353
	Die Lage der Arbeiter und Angestellten	357
	Mitbestimmung bei der Ruhrkohle AG	373
	Die weitere Entwicklung der Lage der Ruhrkohle AG	379
	Die Verluste der Ruhrkohle AG – Entwicklung und Ursachen	387
	Die Preispolitik der Ruhrkohle AG	393
	Das Stabilisierungsprogramm vom 30. Mai 1972	399
9.5	Das Volumen der staatlichen Subventionen für den Steinkohlenbergbau im Jahre 1973	405
9.6	Das Energieprogramm der Bundesregierung vom Herbst 1973	408
9.7	Zusammenfassung	422
	<b>Anhang</b>	
	Die wichtigsten von 1950 bis 1966 auf dem Energiesektor ergriffenen Maßnahmen im Überblick	430
	Energiepolitische Daten der Großen Koalition 1966–1969	434
	Grundvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland, den Bergbauunternehmen und der Ruhrkohle AG	448
	Verzeichnis der Tabellen und Grafiken	461
	Literaturverzeichnis	464